

Kurzmeldungen 6/14

AKW-Rückstellungen

Der AKW-Abriß und der Betrieb der Atommüllendlager wird in den kommenden Jahren Milliarden Euro kosten. Jedoch wird vermutet, daß die Atomkonzerne in Deutschland nicht ausreichend für die Kosten vorgesorgt haben. Zwar haben E.on, RWE, Vattenfall und EnBW Rückstellungen von 36 Mrd Euro gebildet, doch diese gelten nicht als insolvenz sicher. Im Falle einer Pleite eines der Konzerne müsste daher der Steuerzahler einspringen. Die Rückstellungen sind derzeit vor allem wieder im Kraftwerkspark investiert und sollen so Zinsen erwirtschaften.

Deshalb diskutieren Politiker über einen unter politischer Kontrolle stehenden Fonds, um die Finanzierung durch die Kraftwerksbetreiber sicherzustellen. Sie könnten daher gezwungen werden, in diesen Fonds einzuzahlen. Darunter könnte jedoch die Kreditwürdigkeit der Konzerne leiden.

Der Bundesrechnungshof hat verlangt, die Atommüll-Rückstellungen durch unabhängige Experten zu überprüfen. Konzerne wie Vattenfall haben bereits ihre Verflechtungsstrukturen verändert, um Haftungsprobleme in der Zukunft zu umgehen. Gleichzeitig verklagt Vattenfall Deutschland wegen dem Atomausstieg und versucht mit Klagen zusammen mit den anderen Atomkonzernen die Brennelementesteuer abzuschaffen. Die bereits gezahlten Steuern haben sie vom Finanzamt zurückbekommen. Eine letztinstanzliche Entscheidung steht noch aus. Die Atomkonzerne haben vorgeschlagen, ihre milliardenschwere Rückstellungen für den Ausstieg in eine öffentlich-rechtliche Stiftung einzubringen – ebenso wie die Meiler selbst. Klagen wegen des vorzeitigen Endes der alten Atomkraftwerke nach der Reaktor-Katastrophe von Fukushima und gegen die Brennelemente-Steuer sollen im Gegenzug fallen gelassen werden. Dafür soll der Bund und damit der Steuerzahler die Kosten der Entsorgung übernehmen. Bisher hat die Atomenergie nach einer FÖS-Studie von staatlichen Förderungen in der Höhe von 213 Mrd. Euro profitiert. Allein dadurch, dass Rückstellungen auch investiv verwendet werden können und nicht besteuert werden, entstand den Energiekonzernen nach Berechnungen des FÖS bisher ein finanzieller Vorteil von ca. 72 Mrd. Euro.

Quelle: Reuters,

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/union-und-spd-erwaegen-fonds-fuer-akw-abrisskosten-a-933482.html>

www.klimaretter.info

<http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2014/05/62086/> 20.05.14

<http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2014/05/61895/> 13.05.14

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

Unfall im Atommüllendlager Asse

Bei einem Bohrunfall im Atommülllager Asse sind zwei Arbeiter verletzt worden. Bei der Erweiterung eines Bohrlochs hätten die beiden Männer in 750m Tiefe einen unter Methangas- und Salzlaugendruck stehenden Bereich getroffen, teilte die Asse GmbH mit. Dadurch sei die eingesetzte Maschine mit dem Bohrgestänge zurückgeschleudert worden und habe die Arbeiter getroffen. Einer der beiden sei noch immer im Krankenhaus, hieß es

am Freitag. Die ausgetretene Lauge sei nicht radioaktiv belastet, betonte die Asse GmbH. Der Unfall habe sich in sicherer Entfernung zu den Einlagerungskammern ereignet.

Quelle: dpa 13.6.14

Hebammen

Viele Hebammen können die Prämien für ihre Berufshaftpflicht kaum noch aufbringen. Aber nicht die Zahl der Schadensfälle ist gestiegen, sondern die Kosten pro Schadensfall sind in den letzten 10 Jahren immer weiter gestiegen, weil die Gerichte den Geschädigten immer höhere Ersatzansprüche zusprechen (von 0,16 Mio (1998) auf 3,3 Mio Euro (2014)). Auf massiven Druck der Regierung gibt es nun doch eine Versicherungslösung, allerdings nur bis 2016 und mit abermaligem Anstieg der Haftpflichtsumme auf mutmaßlich mehr als 6000 Euro pro Jahr. Wie es danach weitergeht, ist ungewiss. Viele Krankenhäuser schließen zu niedrigeren Haftungssummen ab. Aber bei Unterversicherung im Schadensfall haftet die Hebamme.

Nun sollen jene Hebammen, die nur wenige Geburten begleiten, 20% mehr Zuschüsse von den Kassen bekommen. Trotzdem ist die Bezahlung für diese Arbeit auf zu niedrigem Niveau. Hebammen machen die Vor- und Nachsorge und begleiten zu geringeren Kosten die Geburten, die zu Hause stattfinden. In Krankenhäusern entstehen wesentlich höhere Kosten, weil dort die Geburtsprobleme im Fokus stehen, die kostensteigernd wirken (Abrechnung nach DRG-Ziffern). Das „Normale“ rechnet sich nicht.

Etwa 21.000 Hebammen arbeiten in Deutschland, nur noch 3500 von ihnen sind freie Beleghebammen. In den ländlichen Regionen bricht die Geburtshilfe in Deutschland bereits zusammen.

Quelle: Vortrag am 17.6.14 in Osnabrück mit Hebamme Jutta Stuckenborg

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hebammen-bundestag-beschliesst-zuschlaege-von-kassen-a-973708.html>

<http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/hebammen-haftpflichtversicherung-bedroht-berufsstand-a-966815.html>

nationale Gentechnik-Verbote

Im EU-Umweltministerrat wurde am 12.6.14 beschlossen, daß die Mitgliedstaaten der EU künftig die Möglichkeit haben sollen, den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in ihrem Hoheitsgebiet zu verbieten („Opt-out“-Klausel). 26 der 28 EU-Mitgliedsstaaten stimmten dafür. Nur Luxemburg und Belgien enthielten sich der Stimme, weil sie Verhandlungen mit den Gentechnik-Konzernen grundsätzlich ablehnen, da Konzerne wie Monsanto, BASF und Bayer vor einem nationalen Verbot gefragt werden müssen, ob sie freiwillig zu einer geografischen Einschränkung ihres Antrags bereit wären.

Die Einigung zum Opt-out-Vorschlag macht den Weg frei für dauerhafte Anbauverbote für gentechnisch veränderte Organismen in Deutschland. So könnten sich die Regierungen nun auf mehr Gründe berufen, wenn sie ein Verbot des Anbaus bestimmter Gentechnik-Pflanzen verhängen.

Auch Christoph Then, Geschäftsführer vom Verein Testbiotech rechnet mit Klagen. Erst wenn diese von Gerichten verhandelt worden seien, werde es in einigen Jahren rechtliche Sicherheit geben. Eine Rolle bei der Auslegung der Verbotgründe könnten laut Then außerdem auch internationale Abkommen spielen, wie WTO oder das geplante Freihandelsabkommen.

Das eigentliche Zulassungsverfahren läuft weiter wie bisher, einschließlich der gesetzlich vorgeschriebenen Umwelt- und Gesundheitsrisikoprüfung. Jeder Mitgliedstaat kann frei im Zulassungsverfahren votieren

Quelle: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/29278.html> 12.06.2014

EU-Agrarreform

Eine Studie unter Leitung des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ), die in der aktuellen Ausgabe des renommierten Wissenschaftsmagazins SCIENCE erschienen ist kommt zu dem Ergebnis, daß das „Greening“ im Zusammenhang mit der aktuellen GAP-Reform seine Ziele verfehlen wird. 10% der Agrarfläche sollten für den Erhalt der Artenvielfalt und von Ökosystemdienstleistungen vorgehalten werden. Dieser Flächenanteil wurde reduziert und es wurden viele Ausnahmeregelungen geschaffen, die zu einem weiteren Verlust wertvoller Kulturlandschaften führen werden.

So unterliegen Betriebe mit einer Fläche unter 10ha keinen Regelungen zur Diversifizierung von Fruchtfolgen. Damit entfällt für rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe diese Pflicht.

Die Forscher schlagen vor, in den ökologischen Vorrangflächen nur noch Kulturen und Bewirtschaftungsmethoden zu fördern, die nachweislich positive Effekte auf die Artenvielfalt haben. Ebenfalls wichtig sei es, den Umbruch von Dauergrünland zu verhindern.

Quelle: Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) Tilo Arnhold 2014
sonnenseite.com 7.614

neue EU-Öko-Verordnung

Der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zur Totalrevision der EU-Öko-Verordnung gefährdet die Weiterentwicklung des Biolandbaus in Deutschland und Europa. Bioland fordert die Bundesregierung auf, den Entwurf in Gänze abzulehnen und dafür für Mehrheiten in Europa zu werben.

Der ökologische Landbau definiert sich seit Jahrzehnten durch seine Methoden, die dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen dienen. Über die gesamte Prozesskette von Erzeugung, Verarbeitung und Handel hinweg wird ein hoher Umwelt- und Tierschutzstandards erfüllt. Nun soll sich nach dem Willen der Kommission an Produkteigenschaften entscheiden, ob ein Lebensmittel als Bio-Produkt vermarktet werden darf. Die Kommission will die gesetzlichen Grundlagen komplett umkrempeln und dabei die Mitsprache der Nationalstaaten einschränken.

Quelle: Bioland, www.sonnenseite.com 17.5.14

EU-Saatgutverordnung

Das EU-Parlament in Straßburg hat am 11.3.14 mit einer Mehrheit von 511 Stimmen gegen 130 Stimmen die EU-Saatgutverordnung abgelehnt.

Die EU-Saatgutverordnung war am 6.5.13 unter heftigem Protest der Öffentlichkeit und lautem Jubel der Industrie veröffentlicht worden. EU-weit unterschrieben rund 800.000 Menschen Petitionen gegen die Verordnung, allein in Österreich unterstützen rund 400.000 Menschen die Petition „Freiheit für die Vielfalt“ -

Quelle: GLOBAL 2000 und ARCHE NOAH

EU-Patente auf Biopiraterie von Monsanto

Das Europäische Patentamt (EPA) hat dem Konzern Monsanto ein Patent auf die Untersuchung und Auswahl von Sojapflanzen erteilt. Diese sollen an unterschiedliche klimatische Bedingungen angepasst sein und so einen erhöhten Ertrag ermöglichen. Betroffen sind wilde und gezüchtete Sojapflanzen aus Asien und Australien. Nach dem Wortlaut des Patentes wurden mehr als 250 Pflanzen aus den Herkunftsregionen untersucht. Für die konventionelle Züchtung beansprucht Monsanto ein Monopol auf die Verwendung von mehreren 100 Genvarianten, die bei diesen Pflanzen natürlicherweise vorkommen. Das Patent wurde auch in anderen Ländern wie den USA, Kanada, China und Südafrika angemeldet, doch bisher scheint das Skandalpatent sonst nirgendwo erteilt worden zu sein.

Bereits im Mai 2012 hatte das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet, die das EPA aufforderte, Produkte aus konventioneller Züchtung nicht mehr zu patentieren.

Quelle: <http://www.no-patents-on-seeds.org> 26.2.14

Gentechnikfutter

Die Verbände der großen Hähnchen-, Putenmast- und Eierkonzerne haben angekündigt, wieder gentechnisch verändertes Soja an Geflügel zu verfüttern. Die Geflügel-Konzerne, wie Wiesenhof und Rothkötter behaupten, daß zuwenig gentechnikfreie Rohware verfügbar oder zu teuer sei.

Der brasilianische Produzentenverband von gentechnikfreier Soja, ABRANGE baut sein Angebot wie schon im letzten Jahr weiter aus. Die Lieferengpässe, die 2013 aufgrund der Umstrukturierung brasilianischer Häfen zu Engpässen und Sojahöchstpreisen geführt haben, würden sich inzwischen deutlich entspannen.

Quelle AbL 26.2.14

Stickstoffverschmutzung

Nach einer jetzt veröffentlichte Studie von Wissenschaftlern des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung ließe sich die Belastung um 50% verringern. Stickstoff ist für Pflanzen ein unersetzlicher Nährstoff, aber er ist auch ein Umweltrisiko. In den verschiedenen Formen, die er durch chemische Reaktionen annehmen kann, trägt er massiv zur Feinstaubbelastung bei. Er unterstützt die Bildung bodennahen Ozons, das die Atemwege reizt, und lässt Gewässer ökologisch umkippen.

Jede zweite auf den Felder ausgebrachte Tonne Stickstoff wird derzeit nicht von den Pflanzen aufgenommen, sondern vom Regen ausgewaschen. Die Bauern sollten die Düngung zielgenauer an den Bedarf der Pflanzen anpassen, etwa durch regelmäßige Messung der Bodenwerte.

Verbraucher in den entwickelten Ländern könnten das Wegwerfen von Lebensmitteln halbieren, ebenso den Fleischkonsum und den damit verbundenen Anbau von Viehfutter – das würde ihrer Gesundheit ebenso nützen.

Distickstoffoxid, Lachgas genannt, ist einerseits eines der wichtigsten Treibhausgase. Andererseits führt der in der Luft schwebende stickstoffhaltige Feinstaub dazu, dass die Sonneneinstrahlung etwas abgeschirmt wird, was eine kühlende Wirkung hat. Und als Nährstoff verstärkt Stickstoff das Wachstum von Wäldern, was das Treibhausgas CO₂

bindet. Derzeit sind die Auswirkungen der Stickstoffbelastung auf die Gesundheit ganz klar wichtiger, weil die Auswirkungen auf das Klima sich großteils gegenseitig aufheben. Dies aber könnte sich ändern. Deshalb hätte eine Verringerung der Stickstoffbelastung den doppelten Vorteil, heute unserer Gesundheit zu helfen und in der Zukunft Klimarisiken zu vermeiden.

Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, www.sonnenseite.com 16.5.14

Antarktis

Das Abschmelzen bereits einer kleinen Menge Eis an der ostantarktischen Küste könnte dazu führen, daß große Eismassen unaufhaltsam jahrtausendlang in den Ozean fließen und damit den Meeresspiegel ansteigen lassen.

Nach einer Studie von Wissenschaftlern des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) in Nature Climate Change hält ein Eisstück an der Küste die dahinter liegenden Eismassen zurück. Ein Abschmelzen von Eis an der Küste könnte langfristig einen Meeresspiegelanstieg von 300 bis 400 Zentimetern verursachen. Bislang galt nur die Westantarktis als instabil, aber jetzt wissen wir, dass ihr zehnmal größeres Gegenstück im Osten möglicherweise auch in Gefahr ist.

Ein Abschmelzen würde die Aufsetzlinie des Eises landeinwärts verlagern – das ist der Bereich, in dem das kontinentale Eis in Kontakt mit dem Wasser tritt und schließlich beginnt, als Eisschelf an der Meeresoberfläche aufzuschwimmen. Der felsige Untergrund unter dem Eis bildet ein riesiges, zum Landesinneren hin abfallendes Tal.

In den Simulationen dauert das vollständige Ausströmen aller Eismassen aus der betroffenen Region in der Ost-Antarktis fünftausend bis zehntausend Jahre. Wenn diese Entwicklung jedoch erst einmal begonnen hat, wird sich das Auslaufen unaufhaltsam fortsetzen, bis das gesamte Becken leergelaufen ist; selbst wenn die Klimaerwärmung aufhören sollte.

Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, sonnenseite.com 5.5.14

Grönlands Eisdecke

Grönlands Eisdecke schmilzt immer schneller und trägt erheblich zur Erhöhung des Meeresspiegels bei. Viele Gebiete Grönlands, vor allem in Küstennähe, verlieren jährlich Eis bis zu einem Meter. Zwischen 1992 und 2012 habe das Grönland-Wasser dazu beigetragen, den Meeresspiegel global um etwa 7 mm zu erhöhen.

Quelle dpa 13.6.14

CO₂-Emissionen sinken in der EU, aber steigen in Deutschland

Im Jahr 2013 sind die CO₂ Emissionen in der EU gegenüber 2012 schätzungsweise um 2,5% zurückgegangen. Während die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger in der EU insgesamt zwischen 2012 und 2013 um 2,5% zurückgegangen sind, sind sie in Deutschland um 2% gestiegen.

Das zeigen veröffentlichte Schätzungen von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union. Deutschland ist der EU-Mitgliedstaat mit den mit Abstand höchsten CO₂-Emissionen in absoluten Zahlen: Sie lagen 2013 bei 760 Mio. Tonnen, gefolgt vom Vereinigten Königreich (455 Mio. Tonnen) und Frankreich (346 Mio. Tonnen).

Neben Deutschland stiegen die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger zwischen 2012 und 2013 nur noch in Dänemark (+6,8 Prozent), Estland (+4,4 Prozent), Portugal (+3,6 Prozent), Frankreich (+0,6 Prozent) und Polen (+0,3 Prozent). In allen anderen der 28 EU-Staaten sind sie gesunken, am meisten in Zypern (-14,7 Prozent), Rumänien (-14,6 Prozent) und Spanien (-12,6 Prozent).

Quelle: EU-Kommission, sonnenseite.com 7.5.14

Oxfam-Studie zu Klimawandel und Hunger.

Die zehn großen Lebensmittelproduzenten verursachen mit 263,7 Mio t Treibhausgasen mehr klimaschädliche Emissionen als die skandinavischen Länder Finnland, Dänemark, Schweden und Norwegen zusammen. Das zeigt die neue Oxfam-Studie.

Bereits jetzt verursacht die Nahrungsmittelproduktion (Rodungen für Ackerflächen eingerechnet) bis zu ein Viertel der weltweiten Treibhausgase, die den Klimawandel befeuern. Stürme, Überflutungen und Dürren führen in der Folge zu Ernteaufschlägen und steigenden Lebensmittelpreisen. Im Jahr 2015 werden Schätzungen zufolge 50 Millionen Menschen zusätzlich aufgrund des Klimawandels hungern.

Oxfam fordert von den Lebensmittelriesen, sich selbst und ihren Zulieferern schärfere und verbindliche Emissionsziele aufzulegen.

Quelle: Oxfam, sonnenseite.com 22.5.14

Hochwasser

Nach dem Jahrhundert-Hochwasser im vergangenen Jahr und den schweren Überflutungen in Großbritannien ist aktuell wieder ein großer Teil Europas von schweren Überflutungen betroffen.

So weist der letzte Teil des Berichts des Weltklimarates, der sich mit den Auswirkungen der globalen Erwärmung befasst, darauf hin, dass sich das Risiko von Hochwasser in Europa mittel- und langfristig massiv erhöhen wird, wenn nicht gegen gesteuert wird. Durch den Klimawandel werden sich einige grundlegende Faktoren ändern, die Extremwetterereignisse beeinflussen.

Wenn in großen Höhen Regen anstatt Schnee fällt, fallen Hochwasser schlimmer aus. Die gleiche Wetterkonstellation hat bei einem Temperaturanstieg also viel drastischere Auswirkungen, als bei aktuell niedrigeren Temperaturen.

Im Zuge der Erwärmung des Mittelmeeres wird mehr Wasser verdunsten, was zu höheren Regenmengen führen kann. Je nach Wetterlage kann diese dann dort zu heftigeren Starkregenereignissen führen, wo die Wolkenfront dann auftrifft - häufig sind das die Alpen. Das Risiko erhöht sich aber auch in Österreich.

Quelle: GLOBAL 2000, sonnenseite.com 22.5.14

Erderwärmung

Die Atmosphäre wird sich wahrscheinlich um 20% mehr erwärmen als bisher von den Wissenschaftlern angenommen. Das ist Ergebnis einer Studie der US-Luft- und Raumfahrtbehörde NASA, die jetzt im Fachmagazin Nature Climate Change publiziert wurde. Dabei wird die Veränderung der globalen Temperatur berechnet, wenn die CO₂-Emissionen um 1% pro Jahr steigen. Während der Weltklimarat IPCC dafür eine

Erwärmung von 1,0 Grad Celsius annimmt, errechnete Schindell eine Steigerung von 1,7 Grad bei einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit, dass der Wert unter 1,3 Grad fällt.
Quelle: Klimaretter.info, sonnenseite.com 14.3.14

Weltklimarat

Der neue Bericht des Weltklimarats IPCC stellt klar: Die international vereinbarte Obergrenze von maximal 2°C kann mit ambitionierter Klimapolitik noch eingehalten werden. Die Wissenschaftler zeigen Optionen auf, wie dies erreicht werden kann. Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95% gegenüber 1990 zu senken. Bis 2020 soll die Minderung mindestens 40% betragen. Der Bericht ist der letzte von drei Teilbänden des 5. IPCC-Sachstandsberichtes. Der Teilbericht zeigt Handlungsoptionen zur Minderung von Treibhausgasemissionen auf. Nach Schweden und Japan war Deutschland erstmals Gastgeber des IPCC-Treffens, an dem rund 120 Staaten teilnahmen. Der Zyklus des 5. IPCC-Sachstandsberichts schließt mit dem übergreifenden Synthesebericht, der Ende Oktober 2014 in Kopenhagen verabschiedet wird.

Quelle: sonnenseite.com 13.4.14

Zusammenfassung der Kernbotschaften

<http://www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/klima-klimaschutz-download/artikel/fuenfter-sachstandsbericht-des-ipcc/>

Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle: <http://www.de-ipcc.de/>

Forschung zum Klimawandel: <http://www.bmbf.de/de/8493.php>

Barack Obama will mehr Klimaschutz

Der US-Präsident gibt ein ehrgeiziges Programm zum Klimaschutz bekannt. Damit sollen die Kraftwerke in den USA im Jahr 2020 ein Viertel weniger Treibhausgase produzieren als 2005. Vor allem die rund 600 Kohlekraftwerke in den USA sollen ihren Ausstoß deutlich reduzieren.

Zum Jahresanfang teilte die EIA mit, dass auch die energiebedingten CO₂-Emissionen für 2013 um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. 2013 stießen die USA 5.400 Mio t Kohlendioxid aus. Zum Vergleich: Die EU war 2011 für den Ausstoß von etwa 4.550 Millionen Tonnen CO₂ verantwortlich.

Um das Vorhaben durchzubringen, will Präsident Barack Obama den gesetzgebenden Kongress umgehen. Zuletzt waren alle Klimaschutz-Bemühungen Obamas an den beiden Parlamentskammern – Senat und Repräsentantenhaus – gescheitert. Stattdessen soll die Umweltbehörde Verordnungen erlassen, die den Ausstoß der Emissionen begrenzen. Jeder US-Bundesstaat soll selbst Instrumente und unterschiedliche Reduktionsstandards bestimmen können, um das Ziel zu erreichen.

Die Republikaner sowie einige Demokraten aus kohleabhängigen Bundesstaaten kündigten bereits an, sich gegen den Vorstoß der Obama-Regierung zu wehren. Mehrere Generalstaatsanwälte von US-Bundesstaaten wollen auch gerichtlich gegen die Pläne vorgehen.

Quelle: klimaretter.info, 2.6.14

<http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/16538-barack-obama-will-sich-kohle-sparen>

UN-Klimatagung in Bonn

Eine UN-Klimatagung in Bonn sollte an Bausteinen für den geplanten neuen Weltklimavertrag arbeiten. Die zwölf-tägige Zwischenkonferenz dient der Vorbereitung des nächsten Weltklimagipfels im Dezember in der peruanischen Hauptstadt Lima. Neue Dynamik in die UN-Klimaverhandlungen bringen Pläne der USA und Vorschläge aus China zur Verringerung ihrer Treibhausgas-Ausstöße. Die beiden Länder sind weltweit die größten Emittenten von Treibhausgasen. Auch China hat in sechs Provinzen die Einschränkung der Kohlenutzung angeordnet. Die Weltbank und andere Entwicklungsbanken haben beschlossen, keine Kohlekraftwerke mehr zu finanzieren. Bei der Bonner Zwischenkonferenz geht es vor allem um die Beiträge, die einzelne Länder zur Reduzierung von Treibhausgasen leisten sollen. Ein Beschluss für ein neues Weltklimaabkommen, das ab 2020 gelten soll, ist für den Klimagipfel Ende 2015 in Paris geplant. In der EU sei man sich einig, bis 2050 die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95% im Vergleich zu 1990 zu mindern.

Quelle: dpa 4.6.14

EuGH kippt Vorratsdatenspeicherung

Der Europäische Gerichtshof hat heute die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung vollständig und rückwirkend aufgehoben. Die Speicherung von Kommunikationsdaten ohne Verdacht auf Straftaten ist nicht mit EU-Recht vereinbar und für grundrechtswidrig erklärt. Die Regelung "beinhaltet einen Eingriff von großem Ausmaß und besonderer Schwere in die Grundrechte auf Achtung des Privatlebens und auf den Schutz personenbezogener Daten, der sich nicht auf das absolut Notwendige beschränkt", begründeten die Richter ihre Entscheidung.

Deutschland ist nicht mehr zu einer Umsetzung der Richtlinie verpflichtet. Auch Zwangsgelder drohen nicht mehr. Es besteht jetzt kein Grund mehr, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Deutschland setzte die Richtlinie mit Wirkung ab 2008 um. 2010 hob das Bundesverfassungsgericht die deutschen Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung auf, weil sie unverhältnismäßig tief in die Grundrechte eingriffen.

Quelle: EuGH 8.4.14

EuGH-Urteil C-293/12, C-594/12 (8. April 2014)

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-04/cp140054de.pdf>

<http://www.euractiv.de/sections/eu-innenpolitik/eugh-kippt-eu-richtlinie-zur-vorratsdatenspeicherung-301410>

Medikamenten-Entsorgung

Arzneimittelrückstände im Wasser sind ein weltweites Umweltproblem. Auch in Deutschland werden mehr als 150 verschiedene Wirkstoffe in nahezu allen Gewässern nachgewiesen, bis hin zum Grund- und Trinkwasser. Die Spurenstoffe aus Schmerzmitteln, Antibiotika, blutdrucksenkenden Mitteln oder Psychopharmaka stammen meist aus häuslichen Abwässern. Wirkstoffe werden nicht vollständig vom Körper abgebaut und über den Urin direkt oder als Abbauprodukt wieder ausgeschieden. Über das Abwasser fließen die Arzneimittelwirkstoffe in die Kläranlagen, wo die Vielzahl an chemischen Verbindungen nicht vollständig entfernt werden kann. Mit dem Ablauf aus den Kläranlagen in die Flüsse und Seen finden die Rückstände so wieder zurück in die Umwelt

und den Wasserkreislauf

47% der Deutschen entsorgen flüssige Medikamentenreste falsch, nämlich über die Spüle oder die Toilette. Nur 15% der VerbraucherInnen entsorgen ihre Medikamente richtig, das heißt – entsprechend der von der Bundesregierung empfohlenen Praxis – über den Restmüll.

Quelle: ISOE - Institut fuer sozial-oekologische Forschung 2014

Weltfischereibericht

Fischerei und Fischzucht bilden die Existenzgrundlage für 10-12% der Menschheit.

Der MSC (Marine Stewardship Council) hat 1999 den Auftrag übernommen, den Fischereisektor auf globaler Ebene nachhaltiger zu gestalten. 9% des weltweiten Fischfangs stammen aus MSC-zertifizierter nachhaltiger Fischerei

Heute dürfen 223 Fischereien ihren Fang mit dem MSC-Siegel kennzeichnen. Sie haben bewiesen, dass sie nur so viel fischen wie wieder nachwachsen kann. Zusammen fangen diese Fischereien acht Millionen Tonnen Fisch und Meeresfrüchte – das entspricht etwa 9% der weltweiten Fangmenge aus Wildfang.

Quelle: MSC, sonnenseite.com 29.5.14

Auftriebsgebiete im Ozean

Auftriebsgebiete sind biologisch außerordentlich produktive Meeresregionen, die für den Fischfang sehr bedeutsam sind. Sie versorgen viele Millionen Menschen mit tierischem Eiweiß. Vor der Küste Namibias befindet sich eines der drei größten Auftriebsgebiete weltweit: der Benguelastrom. Hier fand in den letzten Jahrzehnten ein auffallender Wechsel in der Zusammensetzung der Artengemeinschaft statt. Forscher des Leibniz-Zentrums für Marine Tropenökologie (ZMT) untersuchen das Gebiet bereits seit vielen Jahren, um die Wandlungsprozesse besser zu verstehen.

Noch vor wenigen Jahren zogen riesige Schwärme von Sardinen und Sardellen durch das kalte und nährstoffreiche Wasser, das dort aus den Tiefen des Meeres an die Oberfläche aufsteigt. Als Tapas-Happen, Fischpaste oder Trockenfisch in Snacktüten sind diese Arten in vielen Ländern sehr beliebt. Bis zu 17 Millionen Tonnen Fisch wurden bis Mitte der 70er Jahre jährlich von Fangflotten aus Namibia und aller Welt in dem Gebiet gefangen. Dann brachen die Fangzahlen jäh ein, und weniger hochwertige Arten bevölkerten das Ökosystem. Es waren vor allem die kleine Kap-Holzmakrele und Quallen, die zu 99% aus Wasser bestehen und kaum Nährwert haben.

Überfischung ist sicher ein wichtiger Grund für das Verschwinden der beiden Schwarmfischarten. Allerdings reguliert seit der Unabhängigkeit Namibias eine Fischereibehörde den Fischfang in den Hoheitsgewässern des Landes. Die meisten Fische haben eine sehr hohe Anzahl an Nachkommen, so dass wenige Exemplare in kurzer Zeit eine Population neu aufbauen können. Diese beiden Arten haben sich aber bisher nicht erholt. Die Forscher haben dafür eine andere Ursache im Verdacht. In dem Auftriebsgebiet vor Namibia treten immer häufiger extrem sauerstoffarme Zonen auf. Das Küstenmeer vor Namibia zeigt eine Entwicklung, die auch für die großen Auftriebsgebiete vor Südamerika und Westaustralien erwartet werden kann. „Dort weiten sich die sauerstoffarmen Zonen ebenfalls aus. Wir vermuten einen Zusammenhang mit dem Klimawandel, der die Strömungsverhältnisse verändert“, meint Kunzmann.

Leidtragender ist nicht nur der Mensch, sondern auch die großen Meeressäuger wie Wale und Delfine, große Räuberfische wie Haie, Lachs und Thunfisch und auch Meeresvögel – bei ihnen stehen die großen Sardinen- und Sardellenschwärme ganz oben auf dem Speiseplan.

Quelle: Leibniz-Zentrum für Marine Tropenökologie (ZMT), sonnenseite.com 27.3.14

Papst schreibt Öko-Enzyklika

Der Termin für die Veröffentlichung der Öko-Enzyklika ist noch offen. Das Magazin „Publik-Forum“ berichtet, dass Papst Franziskus sich dabei von kritischen Theologen wie dem Amazonas-Bischof Erwin Kräutler und engagierten Umweltschützern wie dem Filmemacher und Senator Fernando Solanas aus Argentinien beraten lässt.

Bischof Kräutler dazu in Publik-Forum: „Franziskus hat sich bei mir über die indigenen Völker, die Basisgemeinden und den Kampf der von Belo Monte Betroffenen eingehend informiert. Ich bin mit Papst Franziskus einig, dass die Leiden derer ins Zentrum der Öko-Enzyklika gerückt werden müssen, die Opfer von rücksichtsloser Ausbeutung und der Gier kapitalistischer Konzerne sind“. Seit vielen Jahren steht der Bischof an der Spitze des gewaltlosen Kampfes gegen die Gier der Energie- und Rohstoffkonzerne beim Bau des Megastaudamms Belo Monte in Brasilien.

Senator Solanas sagt: „Ich hatte mit Franziskus einen ausführlichen Dialog über die Umweltzerstörung in unserm Land und in der Welt.“ Hauptsächlich der US-Ölkonzern Chevron „wird für schwere Schäden in Waldgebieten Südamerikas verantwortlich gemacht.“ Chevron soll in Argentinien der jüngst verstaatlichten Ölgesellschaft YTP helfen, Erdgas- und Erdölvorkommen mittels Fracking auszubeuten.

Quelle: Publik-Forum, sonnenseite.com 14.5.14

Emissionshandel

Die Bundesregierung will 900 Millionen CO₂-Zertifikate dauerhaft vom Markt nehmen. Durch das Überangebot an Kohlendioxid-Verschmutzungsrechten und entsprechend niedrigen Preisen floriert auch in Deutschland die Kohlestromerzeugung. Schon jetzt gibt es zwei Milliarden Zertifikate zu viel auf dem Markt.

Für jede ausgestoßene Tonne CO₂ müssen Industrie und Energieerzeuger ein Zertifikat vorweisen. Unter anderem durch den Wirtschaftseinbruch im Süden Europas gibt es ein massives Überangebot, dadurch gibt es kaum Anreize CO₂ einzusparen und in klimaschonendere Anlagen zu investieren. Ursprünglich hatte die EU-Kommission mit einem Preis von 30 Euro pro Tonne CO₂ geplant, derzeit sind es teils unter 5 Euro.

In Deutschland wurde 2013 so viel Braunkohlestrom produziert wie seit dem Ende der DDR nicht mehr. Wegen des Preisverfalls rechnen sich derzeit vor allem CO₂-ärmere Gaskraftwerke nicht mehr, sie könnten bei höheren CO₂-Preisen wieder stärker ans Netz kommen und ein Paradox bei der Energiewende mindern.

Trotz eines Ökostromanteils von bereits 25% stieg 2013 das zweite Jahr in Folge der Treibhausgas-Ausstoß in Deutschland.

Quelle: dpa 12.6.14

EZB beschließt Strafzinsen

Banken müssen künftig dafür bezahlen, wenn sie Geld bei der Europäischen Zentralbank parken, denn die EZB hat erstmals in ihrer Geschichte einen wichtigen Zins unter null Prozent gesenkt. Den sogenannten Einlagenzins für Geld, das Geschäftsbanken bei der Notenbank deponieren, verringerten die Euro-Währungshüter auf minus 0,1 Prozent. Die Notenbanker erhoffen sich davon, dass die Banken mehr Kredite an Unternehmen ausreichen und die Wirtschaft ankurbeln, als „überschüssige“ Mittel in der Zentralbank zwischenzulagern

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/ezb-beschliesst-strafzinsen-12974136.html>

15 Jahre Ökosteuer

Am 1. April 2014 wurde die Ökologische Steuerreform in Kraft gesetzt. Die Idee hatte Erfolg und konnte auch die Kritiker überzeugen, denn die Ökosteuer wurde nicht abgeschafft, sondern sogar ausgebaut. Der sinkende Anteil an Umweltsteuern offenbart jedoch politischen Handlungsbedarf.

Im Jahr 2013 lag der Anteil so niedrig wie 1998 vor der Ökologischen Steuerreform. Die rückläufige Entwicklung ist einerseits auf die gewünschte ökologische Lenkungswirkung zurückzuführen, vor allem aber darauf, dass Umweltsteuern mengenbezogen konzipiert und daher von der Inflation abgewertet werden. Die meisten Steuern und Abgaben auf Arbeit, Kapital und die Mehrwertsteuer sind preisbezogen, sie wachsen mit der Inflation. Um die Inflation auszugleichen, hätte das Umweltsteueraufkommen seit 2003 um mindestens zehn Milliarden Euro steigen müssen.

Quelle: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), sonnenseite.com 30.3.14

Finanztransaktionssteuer

Die Finanztransaktionssteuer soll in mehreren europäischen Ländern zunächst nur in einer begrenzten Form eingeführt werden. Die Besteuerung von Finanzgeschäften in der gesamten EU war gescheitert. Daraufhin vereinbarten elf Staaten um Deutschland und Frankreich im Januar 2013 die Einführung einer solchen Abgabe im kleinen Kreis. Erhoben werden könnte die Steuer Frankreichs Finanzminister Michel Sapin zufolge ab dem Jahr 2016. Die Steuer soll Banken und andere Finanzinstitute an den Kosten künftiger Krisen beteiligen.

Großbritannien, das bereits eine Einführung in der gesamten EU blockierte, will die Steuer verhindern. Der Europäische Gerichtshof wies jedoch eine Klage Großbritanniens gegen die Steuer ab. Großbritannien hatte seine Klage damit begründet, dass eine Steuer auf den Handel mit Wertpapieren in den elf EU-Staaten negative Auswirkungen auf den Finanzstandort London haben könnte.

Quelle: AFP 5.5.14

<http://www.donaukurier.de/nachrichten/topnews/Deutschland-EU-Finanz-Krisen-Waehrung-Boersen-Banken-Schaeuble-Finanztransaktionssteuer-zunaechst-nur-begrenzt;art154776,2910518>